



VENEZUELA

nachrichten



Bulletin der Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela
in der Bundesrepublik Deutschland Nr. 19 - Sept. 2009

Das Weiße Haus muß Politik gegenüber Lateinamerika ändern

New York, USA.

"Hoffentlich wird Obama eine Richtungsänderung veranlassen, damit die Vorstellungen und Pläne, die das Weiße Haus und das Außenministerium von Lateinamerika hat, sich ändern. Sie können uns nicht weiter misshandeln," sagte der Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, während einer Pressekonferenz nach seiner Rede vor der 64. Generalversammlung der UNO.

Er appellierte erneut an den US-Präsidenten, konsequent zu sein. Falls er seinem Anspruch gerecht werden wolle. Falls nicht, gäbe es es zwei Obama: Auf der einen Seite jenen, der vor der UNO Reden hält und auf der anderen, die des Obama der sieben Militärbasen in Kolumbien und der in südamerikanischen Küstengewässern patrouillierenden vierten Flotte.

„Obama lassen Sie uns gemeinsam etwas unternehmen, um gemeinsam gegen den Hunger zu kämpfen, gegen das Elend, gegen die Auswirkungen des Klimawandels und die Menschheit retten. Lassen Sie uns die Zeiten vergessen, als die Vereinigten Staaten Lateinamerika lange Zeit geringschätzten und schlecht behandelten.“

Er empfahl seinem US-amerikanischen Amtskollegen, das Buch von Juan Bosch zu lesen: „Ich werde es ihm schicken. Es heißt 'Der Pentagonismus'. Das Pentagon ist ein Staat im Staate, es gibt dort eine eigene Regierung.“

Darauf anspielend bat er den Präsidenten der Vereinigten Staaten, diese Parallelregierung zu demontieren: „Falls sie ihn lassen, deswegen sagte ich: Auf das Gott ihn frei von diesen Kugeln hält, die auch Kennedy töteten. Denn sie fangen bereits an, ihn zu dämonisieren.“

Presidential Press 24/09/09



Noch nie gab es mehr Meinungsfreiheit in Venezuela

"Nie zuvor gab es in Venezuela so viel Meinungsfreiheit, wie heute", sagte Präsident Hugo Chávez zu internationalen Medien während der Pressekonferenz, nach seiner Rede vor der 64. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York.

Präsident Chavez sagte, dass im Gegensatz zu Venezuela, "in Honduras Fernsehsender, Radiosender geschlossen wurden, viele und fast im ganzen Land. Das ist der Unterschied zur venezolanischen Regierung," versicherte er, „die nämlich keine Fernsehstation geschlossen hat.“

Auf die Frage eines Pressevertreters, worauf die Bolivarische Regierung Medien in Venezuela schließe, entgegnete ihm Präsident Chávez, sich nicht täuschen zu lassen und erklärte, dass dieser Kanal eine Lizenz für eine Satellitenfrequenz hatte und "da diese Konzession auslief, der Staat entschied sich lediglich diese nicht weiter zu verlängern."

Vielmehr sagte er: "der Staat entschied sich, auf Grundlage der Verfassung und der Gesetze, diese Frequenz an eine offene, soziale und gemeinschaftliche und nicht private Fernsehstationen zu vergeben."

Weiterhin sagte er, dass, die Journalisten Opfer einer Medienkampagne geworden sind, einer großen Lüge. "Der Kanal, auf den Du dich beziehst, schloß ja nicht. Er sendet immernoch 24 Stunden am Tag aus Caracas und hat diesel-

ben Mitarbeiter und die gleiche Führung. Sie produzieren Telenovelas, senden Nachrichten und Meinungen, und all das sehr kritisch gegenüber der Regierung." Der Präsident erklärte, dass die Funksignale staatlich sei. Es wurde nicht privatisiert, so funktioniert das in unserer Nation und genauso in einem Großteil der Welt.

In unserem Land wurden nach dem Sieg der Bolivarischen Revolution, 387 Medien geschaffen, davon sind 37 Fernsehsender und 350 Radios.

Bei einer anderen Gelegenheit sagte er, es gab eine Zeit in Venezuela, in der Antennen bombardiert wurden, damit ein Radio nicht mehr senden konnte, Journalisten wurden ins Gefängnis geworfen, es wurde gefoltert und die Medien wurden zensiert.

"Das ist in Venezuela vorbei, überall blüht die Meinungsfreiheit, sogar mehr als das in einem anderen Land der Erde der Fall sein könnte. Freiheit der Kritik, Freiheit des Denkens. Wir sind zur Steigerung der Kultur des Menschen und der Kreativität angetreten. Wir schlagen eine Schlacht der Ideen."

Presidential Press 24/09/09





64 PERIODO ORDINARIO DE SESIONES DE LA ASAMBLEA GENERAL DE LA ONU

Präsident Chávez: Wir wollen die besten Beziehungen mit den USA

In Venezuela hat sich eine neue Art der Demokratie entwickelt: die partizipative Demokratie und auf der Grundlage einer Verfassungsänderung, die vom Volk beschlossen wurde und eine kontinuierliche Wahlbeteiligung ermöglicht.

Die Absicht, die besten bilateralen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu unterhalten, wurde heute durch den Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela, Hugo Chávez, in einem Interview mit dem Journalisten Larry King bestätigt.

"Wir wollen die besten Beziehungen, wirtschaftliche, politische und soziale, mit diesem großartigen Land haben, aber nicht mit dem Imperium. Daher lade ich Obama ein," bekräftigte der Präsident Venezuelas in New York, wo er sich aufhielt, um an der 64. Generalversammlung der Vereinten Nationen teilzunehmen.

Der venezolanische Präsident gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die USA "mit den Ländern Lateinamerikas zusammenarbeiten könnten, um Nahrungsmittel und Arzneimittel zur Bekämpfung der Armut zu erzeugen. Das ist es, was wir tun müssen", sagte er und betonte, dass eine andere Welt notwendig sei.

„Ich will eine bessere Welt. Das ist es, was ich will. Sie haben mich zum Teufel gemacht, aber das ist ein Teil der weltweiten Medienkampagne, die versucht, das Untragbare zu verteidigen: ein System, das die Welt zerstört. Wir wollen das, wie es Christus einst ausdrückte: ‚Eine Welt der Gleichen, eine Welt der Gerechten‘“ sagte er.

Als von Larry King gefragt wurde, ob er die Vereinigten Staaten mag, antwortete der venezolanische Staatschef: "Von den Vereinigten Staaten mag ich Baseball und die Menschen. Gestern zum Beispiel ging ich ein kleines Stück um den Block spazieren und die Jungs des Secret Service haben uns mit außerordentlicher Effizienz und Freundlichkeit behandelt. Wir haben uns unterhalten, und sind ein Stück zusammen gelaufen. Ich mag Amerika, wie ich Russland mag, genauso wie ich Venezuela oder Argentinien mag. Das ist Teil der Welt. Ich liebe Musik. Ich mag Kino."



Präsident Chavez erklärte, dass in Venezuela eine neue Art der Demokratie erschaffen wird: die partizipative und protagonistische gestützt durch die Verfassungsänderung, die eine kontinuierliche Wahl ermöglicht und vom Volk beschlossen wurde. Sie ist "weit entfernt von der liberalen Demokratie der Eliten, der Demokratie der Reichen gegen die Armen.

Das Volk beschloss die Verbesserung der Verfassung, und gaben den gewählten Volksvertetern die Möglichkeit, ohne Einschränkung wiedergewählt zu werden."

In diesem Zusammenhang vertrat er die Auffassung, dass man in Venezuela in einer ‚Demokratie in Entwicklung‘ lebt, die sich in Richtung einer vollen Demokratie entwickelt.

Präsident Chávez sprach auch über die Meinungsfreiheit und die Gesetze, welche die Funktionsweise der Medien in Venezuela regeln. In diesem Zusammenhang erklärte er, dass es nicht wahr sei, dass Globovision der einzige unabhängige Sender in Venezuela ist. "Es gibt hunderte von unabhängigen Kanälen, um auch jene privaten unabhängig zu nennen, die nicht staatlich sind. Aber auch diese sind nicht unabhängig: Sie hängen

von ihren Besitzern ab und somit gibt es dort ebenfalls keine wirkliche Meinungsfreiheit."

Der Präsident Chávez versicherte, dass "es in Venezuela nie größere Meinungsfreiheit gab als die, die wir heute haben." Auf den Fall Globovisión anspielend, fügte er hinzu, dass es in Venezuela so ist, dass es "ein Gesetz gibt und die, die ausserhalb der Gesetze agieren, das Recht darauf verlieren staatlich garantierten Funkraum zu nutzen."

„Die Schließung von Globovision hängt von ihnen selbst ab. Wenn sie fortfahren einen Staatsstreich zu fordern, wenn sie fortfahren darauf aufzurufen, mich zu töten, wenn sie fortfahren, die venezolanischen Gesetze zu verletzen, wird es nicht Chávez sein, der sie schließt, dann muss man geltende Gesetz anwenden und das Gesetz hat man einzuhalten.“

Presidential Press 24/09/09



Bank des Südens offiziell gegründet

Porlamar, Nueva Esparta, 26. September 2009 (Prensa ASA).- Am vergangenen Samstag, dem 26. September, wurde die Bank des Südens mit der Unterzeichnung des Gründungsvertrages dieses Finanzinstitutes, das als Werkzeug der Entwicklung der Völker des Südens dienen wird, offiziell gegründet.

Der Vertrag wurde von den Staatschefs Cristina Fernández (Argentinien), Evo Morales (Bolivien), Luiz Inácio Lula da



Silva (Brasilien), Rafael Correa (Ecuador), Fernando Lugo (Paraguay), Tabaré Vázquez (Uruguay) und Hugo Chávez (Venezuela) unterzeichnet.

Der Vertrag hat zum Ziel, eine Finanzinstitution des Völkerrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit mit dem Namen „Banco del Sur“ (Bank des Südens) zu gründen, um die wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Entwicklung der Mitgliedsländer der Unasur in ausgeglichener und stabiler Form unter Nutzung des inner- und außerregionalen Sparwesens zu finanzieren.

Ein anderes Ziel ist die Stärkung der Integration, die Reduzierung der Asymmetrien und die Förderung der angemessenen Verteilung der Investitionen unter den Mitgliedsländern.

Die Bank des Südens hat ein genehmigtes Kapital von 20 Milliarden Dollar, von denen 10 Milliarden Dollar gezeichnetes Kapital sind. Die drei Gesellschafter mit der größten Wirtschaftskraft – Argentinien, Brasilien und Venezuela – steuern jeweils 2 Milliarden bei.

Länder wie Ecuador und Uruguay steuern jeweils 400 Millionen bei; Bolivien und Paraguay jeweils 200 Millionen. Für Guyana und Suriname liegt der Beitrag

unter 100 Millionen Dollar, während sich Kolumbien, Chile und Peru mit Beträgen zwischen 400 und 2 Milliarden beteiligen.

Der Hauptsitz der Bank des Südens wird in Caracas sein, mit zwei Niederlassungen in den Städten Buenos Aires und La Paz. Es wird auch geplant, in der Zukunft weitere für die Entwicklung ihrer Tätigkeit notwendige Filialen einzurichten.

In dem unterzeichneten Dokument werden als Funktionen der Bank des Südens festgelegt: in jedem Mitgliedsland staatliche Organe, autonome Stellen, gemischte Unternehmen, Privatunternehmen, Genossenschaften, assoziative und Gemeinschaftsunternehmen zu finanzieren, die Projekte der genannten Art durchführen.

II. ASA-Gipfel endete mit historischen Beschlüssen

ASA-Länder vereinbarten Schaffung und Organisation des ASA-Sekretariates; sowie die Durchführung von gemeinsamen Aktionen zur Bekämpfung des Grippevirus AH1N1 unter den angenommenen Vorschlägen / Vorschlag Schaffung einer NATO des Südens / Ablehnung des Embargos, das die USA gegen Kuba aufrechterhalten, und Verurteilung des Putsches in Honduras Südamerika und Afrika werden eine bedeutende und weitreichende Rolle in der Weltgeschichte haben mit den Erklärungen, die auf dem II. Südamerika-Afrika-Gipfel (ASA) beschlossen wurden, der am 26. und 27. September auf der Insel Margarita stattfand.

Die Haupterklärungen bezogen sich auf die Neuformulierung der Weltwirtschaftsordnung; die Nutzung und Ausbeutung der Naturressourcen im Einklang mit der Mutter Erde und die Installierung von Mechanismen der Kooperation und des Austausches der zwei Kontinente, die reich sind an Geschichte, Kultur, Ressourcen und menschlichen Werten.

Die Mitgliedsländer des Südamerika-Afrika-Gipfels lehnten das Wirtschafts- und Handelsembargo gegen die Republik Kuba, das die Vereinigten Staaten seit 50 Jahren aufrechterhalten, ent-

schieden ab und nahmen eine gemeinsame Erklärung an, in der sie den Putsch in Honduras verurteilen.

Unter den angenommenen Vorschlägen sind die Schaffung und Organisation des ASA-Sekretariates seitens Venezuelas hervorzuheben, mit dem der Struktur der Institution Form verliehen werden soll. Der Sitz wird auf Margarita sein. Da der ASA-Gipfel abwechselnd in Südamerika und in Afrika stattfindet, wurde das Angebot der Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volksjamahirija, im September 2011 Gastgeber des III. Gipfels zu sein, angenommen.

Der libysche Präsident, Muammar Al Ghaddafi, schlug die Gründung einer NATO des Südens (OSAN) vor und erklärte diesbezüglich, dass „das keine terroristische Aktion ist. Wir haben das Recht, unsere Organisationen für unsere Entwicklung zu gründen. Wir müssen versuchen, dieses Vakuum, das in den Vertretungen unserer Länder bei den internationalen Organisationen unserer Kontinente geschaffen wurde, zu verringern. Wir müssen diesem Abgrund ein Ende setzen“, betonte er.

Weiterhin wurde in der Erklärung von Margarita festgelegt, dass die Länder beider Blöcke Aktionen durchführen werden, um den Grippevirus A H1N1 zu bekämpfen.

In seinem Redebeitrag schlug der Staatschef Venezuelas, Hugo Chávez Frías, die Bildung eines Präsidiums vor, das eine strategische Agenda 2010-2020 für Afrika-Südamerika ausarbeiten soll. Ebenso schlug er vor, den Rang der Arbeitsgruppen, die vor ca. einem Jahr gebildet wurden, anzuheben auf das von Ministerkommissionen in den verschiedenen Bereichen, deren Grundlage die von diesen Gruppen durchgeführte Arbeit sein soll.





Von Venezuela wurde auch die Bildung der ASA-Bank (BANCASA) als eine höhere Finanzierungsstruktur für ihre Mitgliedsländer vorgeschlagen, sowie die Schaffung einer multistaatlichen Bergbau-körperschaft, die sich aus ASA-Mitgliedsländern zusammensetzen soll, damit das Bergbaupotenzial beider Regionen der Entwicklung ihrer Völker dient.

Ein Thema von besonderer Bedeutung wurde vom brasilianischen Präsidenten, Lula Da Silva, angesprochen, als er alle ASA-Mitgliedsländer um ihre Unterstützung am 2. Oktober in Kopenhagen, Dänemark, bat, um die Austragung der Olympischen Spiele 2016 in der brasilianischen Stadt Rio de Janeiro vorzuschlagen. In diesem Zusammenhang sagte er, dass „von allen Ländern, die zu den zehn wichtigsten Wirtschaften der Welt gehören, Brasilien als Austragungsort der Olympischen Spiele noch nicht berücksichtigt wurde. Es ist nicht gerecht, dass Europa wieder Austragungsort der Spiele wird. Ich bitte Sie, die vorgeschlagene Kandidatur von Rio de Janeiro für 2016 zu unterstützen“.

Parallel dazu unterzeichneten sieben südamerikanische Länder (Brasilien, Uruguay, Paraguay, Argentinien, Ecuador, Bolivien und Venezuela) die Gründung der Bank des Südens; Chile nahm als Beobachter teil. Die Initiative wurde von mehreren afrikanischen Ländern begrüßt. Die Erklärung von Nueva Esparta behandelte Elemente von strategischem Wert



für die Länder des Süd-Süd-Blockes in Bereichen der multilateralen Kooperation: Frieden und Sicherheit; Demokratie und politische Angelegenheiten; Landwirtschaft und ländliche Entwicklung; Wirtschaft und Tourismus; Bekämpfung von Armut und Hunger; Infrastruktur, Energie und Bergbau; soziale und Sportangelegenheiten; Bildungs- und Kulturangelegenheiten; Wissenschaft, Technologie und Kommunikation; Umwelt; die mehr als 300 Millionen Bewohnern dieses Planeten zugute kommen werden.

Auf diesem II. Gipfel herrschte die feste Überzeugung von der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der südamerikanischen und afrikanischen Völker. Am Schauplatz der Insel Margarita erinnerte Präsident Chávez an diese Insel, die der erste freie Teil des südamerikanischen Kontinents war: „In Matasiete zerschlugen die Männer, Frauen und Kinder von Nueva Esparta das spanische Imperium. Das ist sehr symbolisch und bedeutsam, weil wir uns in der Wiege der südamerikanischen Freiheit befinden“.

Während dieses Gipfels wurde „Radio del Sur“ (Radio des Südens) gegründet, das der Einheit der Völker Impulse verleihen wird durch den Austausch von informativen Inhalten, wofür eine Gruppe von Korrespondenten und Mitarbeitern verschiedener Nationalitäten mit einer soliden beruflichen Laufbahn zuständig ist. „Wir sehen uns im September 2011 in Libyen“, erklärte der boliviarische Staatschef und Gastgeber des Gipfels, Hugo Chávez, als er das Treffen beendete und sich von den teilnehmenden Staatschefs verabschiedete.

Bei den Diskussionen waren acht südamerikanische Präsidenten anwesend: Cristina Fernández (Argentinien), Luiz Inácio Lula da Silva (Brasilien), Evo Morales (Bolivien), Michelle Bachelet (Chile), Rafael Correa (Ecuador), Fernando Lugo (Paraguay), Tabaré Vázquez (Uruguay) und Präsident Chávez.

An dem Treffen nahmen auch ca. zwanzig afrikanische Staatschefs teil, unter ihnen der libysche, Muammar Gaddafi, und die Regierenden von Algerien, Abdulaziz Butefflika; von Simbabwe, Robert Mugabe; von Äquatorial-Guinea, Teodoro Obiang, und von Südafrika, Jacob Zuma.

(ASA/VTV)

Venezuela unterzeichnet Abkommen mit der FAO und mehreren afrikanischen Ländern

Porlamar, Bundesstaat Nueva Esparta, 27. September 2009 (Prensa ASA).- Präsident Hugo Chávez gab bekannt, dass eine Reihe von Kooperationsabkommen zwischen der Bolivarischen Republik Venezuela und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) unterzeichnet wurde, die Länder Afrikas und Südamerikas umfas-

sen.

Die Unterzeichnung erfolgte parallel zur Plenarsitzung der Staats- und Regierungschefs des II. Südamerika-Afrika-Gipfels, der seit Mitte der Woche auf der Insel Margarita stattfindet.

„Der Minister der Volksmacht für Grundstoffindustrie und Bergbau, Rodolfo Sanz, informiert mich über die Unterzeichnung der Abkommen über die Schaffung von gemischten Bergbauunternehmen zwischen Venezuela und den Ländern Sierra Leone, Mauretanien, Mali, Namibia und Niger, neben einem konkretisierten Abkommen mit der FAO“, erklärte der boliviarische Präsident.

Unter den unterzeichneten Dokumenten ist die Einrichtung von Kapazitäten für die Produktion von landwirtschaftlichen Einsatzstoffen wie zertifiziertem Saatgut, Düngemitteln, Lagersystemen, u.a., hervorzuheben. Sehr wichtig ist auch die Integration kleiner Werkstätten für die Produktion von landwirtschaftlichem Zubehör und Werkzeugen; die Installation und Entwicklung von Beregnungssystemen; landwirtschaftliche Bildung und die Vorbereitung in technischer Weiterbildung.

All das würde in Afrika erfolgen, während in Venezuela die Produktion von Landmaschinen für gemeinsame Projekte, Entwurf und Herstellung von Maschinen für die Projekte und auch die Auswahl eines für die Aussaat bestimmten Gebietes, dessen Ausdehnung je nach dem tatsächlichen Bedarf geteilt wird, vorgesehen ist.

Lösung des Finanzierungsproblems Andererseits sprach Präsident Chávez eingehend über die Vertiefung des Funktionierens der Wirtschaft, das die verschiedenen sowohl afrikanischen als auch südamerikanischen Länder steuern, was mit sich bringen würde, die Wurzel vieler finanzieller Geißeln, denen diese Länder unterworfen sind, zu finden.

„Fidel Castro fragte mich vor vielen Jahren, ob ich wüßte, wo die Devisenreserven Venezuelas waren. Und ich hatte diese Information natürlich nicht. Es ist so, dass die Regierungen, die meine Vorgänger waren, damals unsere Devisenreserven mit Banken des Nordens handelten, indem sie sie ständig tauschten und auf diese Art viel für unser Geld kassierten (...). Das sind die Mechanismen des Kapitalismus, die in einigen unserer Länder noch weiter bestehen“, sagte er.